

**DER UNSICHTBARE EXODUS:
NORDKOREANER IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA**

I. ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN	2
Überblick.....	2
Empfehlungen zur Lösung der Flüchtlingskrise	8
Empfehlungen an Nordkorea:.....	8
Empfehlungen an China:	8
Empfehlungen an die internationale Staatengemeinschaft:.....	9
Allgemeine Menschenrechtsempfehlungen.....	10

I. ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Überblick

Irgendwo zwischen 10.000 und 300.000 Nordkoreaner halten sich in China versteckt, insbesondere in der Provinz Jilin, entlang der Grenzregion zu Nordkorea, wo sie mit Chinesen koreanischer Abstammung zusammenleben. Sie haben sich, um nach China zu kommen, über das von ihrer Regierung unter Strafe stehende Verbot des illegalen Verlassens ihres Heimatlandes hinweggesetzt und konnten die strengen chinesischen Grenzkontrollen passieren. Nur wenige unerschrockene Journalisten und Aktivisten kommen an sie heran, und von China werden sie kaum anerkannt, da ihre Politik in der unverzüglichen Abschiebung der Flüchtlinge besteht, um die gut nachbarschaftlichen Beziehungen mit Nordkorea nicht zu beeinträchtigen und einer weiteren Zuwanderung Einhalt zu gebieten. Gelegentlich kommt eine Handvoll dieser unsichtbaren Menge dann in die Weltschlagzeilen, wenn eine Familie in einer ausländischen Botschaft oder Behörde in Peking öffentlich Asyl sucht. Während China diese diplomatischen Schwierigkeiten mit der Erlaubnis, die asylsuchende Familie in ein Drittland ausreisen zu lassen, löste, reagierte die chinesische Regierung andererseits auf jeden Vorfall erneut mit einem harten Vorgehen an den Grenzen, indem sie zur Abschreckung der Tausenden, die auf die Einreise warten, Hunderte von Flüchtlingen auswies.

Dieser unsichtbare Exodus aus der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) hat Menschenrechtsverletzungen in beinahe jedem Stadium zur Folge. Manche Migranten, wenngleich sie nicht die Mehrheit stellen, verlassen Nordkorea, weil sie politisch unterdrückt werden oder sie sich nach politischer Freiheit sehnen. In China sind die Migranten Opfer von Missbrauch und Ausbeutung und haben nicht die Möglichkeit, die chinesische Regierung um Schutz zu ersuchen. Diese Probleme reichen je nach Schweregrad von Erpressung zu Vergewaltigung, von Frauenhandel zu Folter in chinesischen Gefängnissen. Migranten, die wiederholt beim unerlaubten Grenzübergang festgenommen werden, sich über einen längeren Zeitraum in China aufhalten oder Kontakt zu Südkoreanern oder anderen nicht-chinesischen Ausländern, auch Missionaren und Helfern von humanitären Organisationen vor Ort, halten, droht eine harte Bestrafung, einschließlich der Todesstrafe, wenn sie entdeckt oder nach Nordkorea abgeschoben werden. China ist zwar Mitglied des UN-Abkommens über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951 und dem dazugehörigen Protokoll von 1967 (die „Genfer Flüchtlingskonvention“)¹, lehnt aber den Schutz der Flüchtlinge ab, wobei die Gründe ihrer Flucht und die Tatsache, dass sie bei ihrer Rückkehr verfolgt werden

¹ Das *Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge*, 189 UNTS 150, 1951, trat am 22. April 1954 in Kraft. 1967 wurde ein Zusatzprotokoll angenommen, mit dem Ziel, das Abkommen zeitlich und geographisch auszudehnen. Das *Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge*, 19 UST 6223, 606 UNTS 267, 1967, trat am 4. Oktober 1967 in Kraft. China ratifizierte die Genfer Flüchtlingskonvention im Jahre 1951 und das dazugehörige Protokoll im Jahr 1982.

können, keine Rolle spielen. Andere Länder der Region zeigen unterschiedliche Praktiken in der Behandlung nordkoreanischer Flüchtlinge, die über China in ihr Land kommen. Manche gewähren ihnen Asyl und Zugang zum UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), während andere sie nach China zurückschicken und häufig großer Gefahr aussetzen.

Dieser Bericht beinhaltet einen umfassenden Überblick über die katastrophale Menschenrechtssituation, basierend auf Erfahrungsberichten von Nordkoreanern, die in den Süden flüchteten, und humanitären Helfern, die ihnen und zahlreichen anderen weniger Glücklichen halfen. Er prüft die komplexen und qualvollen Entscheidungen der Migranten, ihr Land zu verlassen, einem illegalen Akt, der häufig als Landesverrat ausgelegt wird; er berichtet über die Monate und sogar Jahre des Versteckens in China, die verzweifelte Lage von Frauen, welche sie dazu treibt, sich als Sexobjekt zu verkaufen und die Verletzlichkeit der Migranten, die jeden und jeglichen Missbrauch zulässt. Ihre Angst zurückzukehren, gründet in dem wohl bekannten System der Straflager und Arbeitskolonien, deren schreckliche Bedingungen uns wiederholt als ein Schicksal, „schlimmer als der Tod“ geschildert wurden. Am Ende des Berichtes steht die nationale Politik der Hauptakteure in dieser Krise auf dem Prüfstand, und es wird ein koordiniertes internationales Vorgehen vorgeschlagen, 1) um Nordkorea dazu zu bewegen, von einer strafrechtlichen Verfolgung der Rückkehrer abzusehen und Inspektoren und humanitären Organisationen den Zugang zu erlauben, 2) um China zu überzeugen, in der Zwischenzeit alle Migranten als Flüchtlinge anzuerkennen und 3) um China materielle Hilfe für die Migranten zukommen zu lassen und Drittland-Optionen für ihre Umsiedlung aufzuzeigen.

Niemand ist in der Lage, die gegenwärtigen Dimensionen dieses Exodus abzuschätzen, da sich die Migranten aus Angst vor Entdeckung, Rückführung und harter Bestrafung in ihrem Heimatland Nordkorea versteckt halten. Darüber hinaus verweigert China internationalen Einrichtungen, wie dem UNHCR und humanitären Organisationen, den Zugang zu diesem Gebiet. Die Schätzungen von Regierungen und privaten Hilfsorganisationen oder religiösen Gruppen weisen riesige Unterschiede auf. Die starken Abweichungen reichen von der niedrigen offiziellen Schätzung des Ministeriums für die Wiedervereinigung der Republik Korea (Südkorea) von 10.000 in China lebenden Flüchtlingen, bis hin zu sage und schreibe 300.000 Personen, eine Zahl, die Nichtregierungsgruppen in breiten Umfragen in den Dörfern der Grenzregion errechneten.

Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darin, dass der Zusammenbruch der nordkoreanischen Wirtschaft in den 90er Jahren und insbesondere die katastrophale Lage der Landwirtschaft, die in den Jahren 1994-95 eine große Hungersnot bewirkte, zur

größten Fluchtwelle führte — aus Hunger und Verzweiflung verließen Tausende ihr Land, um jenseits der Grenze Hilfe zu finden. Schätzungen zufolge erlagen hundertausende — oder sogar Millionen — Nordkoreaner in ihrer Heimat Krankheiten oder dem Hungertod, während der schlimmsten Nahrungsmittelkrise, deren Ende noch lange nicht in Sicht ist.² Die akute Krise führte zu einer gewissen Verschlechterung des vorherrschenden Systems der strengen sozialen Kontrolle. Am Arbeitsplatz wurden keine Nahrungsmittel mehr verteilt, die Kontrollen im Inland und an Grenzübergängen wurden lockerer, es entwickelte sich eine Untergrundwirtschaft, den Menschen war jedes Mittel zum Überleben recht.

Obwohl im Jahre 2001 China regelmäßig scharfe Grenzkontrollen zur Eindämmung des koreanischen Flüchtlingsstroms durchführte und sich die Nahrungsmittellage in Nordkorea leicht entspannt hatte, hielt die Flüchtlingswelle an. Es war schwierig das einmal gebrochene Tabu, Nordkorea zu verlassen, wiederzuerrichten, nachdem die Wege und Preise des „Untergrunds“ einmal bekannt wurden. Während eine große Zahl von Flüchtlingen zur Zeit der Nahrungsmittelkrise drei oder fünf Jahre brauchte bis sie nach Südkorea kamen, hörten wir 2001 auch von Migrantinnen, die es in ein paar Wochen oder sogar Tagen schafften. Der unsichtbare Exodus schien nicht mehr krisenbedingt zu sein, sondern sich zu einem chronischen Phänomen zu entwickeln.

Diese Situation mag sich indes erneut verändert haben, als 2002 eine beispiellose Zahl von nordkoreanischen Asylsuchenden die Botschaften in Peking und anderen Orten in China stürmten.³ Die Reaktion Chinas bestand in einer Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen rund um die diplomatischen Einrichtungen. Sie forderte die Botschaften und Konsulate zur Übergabe der Nordkoreaner auf, verschärfte die Grenzkontrollmaßnahmen und ihre Politik der Festnahmen und Verfolgungen von Personen, die Nordkoreanern auf ihrer Flucht behilflich waren. Im Gegenzug schien auch Nordkorea seine Grenzkontrollen in Zusammenarbeit mit China straffer durchzuführen, und ersten Berichten zufolge soll das Land auch härtere Strafmaßnahmen gegenüber Rückkehrern durchführen. Laut Aussagen humanitärer Helfer ging die Migration bis zur

² Gemäß dem Welternährungsprogramm (WFP) fiel die jährliche Reis- und Maisproduktion in Nordkorea von 8 Millionen metrischen Tonnen in den 80er Jahren auf 2,9 Millionen im Jahr 2000. Ebenso liegen Schätzungen vor, wonach nahezu 57% der Bevölkerung an Unterernährung leiden, 45% davon Kinder unter 5 Jahren. Am 30. April 2002 waren weniger als 10% der U.S.\$258 Millionen, die von humanitären Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen gefordert wurden, durch die internationale Staatengemeinschaft zur Verfügung gestellt. WFP-Pressemitteilung vom 20. April 2002, “Democratic People’s Republic of Korea’s ‘Already Severe Humanitarian Crisis’ will Dramatically Worsen without Immediate Aid say U.N. Heads.” Verfügbar auf der Web-Page der Volksrepublik Nordkorea http://www.wpf.org/country_brief/index. Siehe auch John Powell, Regionaldirektor, WFP-Raum Asien, “Testimony before the Subcommittee on East Asia and the Pacific House International Relations Committee” vom 2. Mai 2002.

³ Vom März bis September 2002 gelang es insgesamt 121 Nordkoreanern, in Südkorea Asyl zu bekommen. Darunter waren 25 Nordkoreaner, die in die spanische Botschaft in Peking kamen, um dann über Manila nach Seoul zu gelangen. Im September erreichten zwei Gruppen Seoul: 21 waren seit Juni im südkoreanischen Konsulat in Peking beherbergt, während eine Gruppe von 16 über eine Mauer in die deutsche Botschaftsschule eingedrungen war. „Nordkoreanische Asylfälle seit 1996“, Reuters, 12. September 12 2002.

Jahreshälfte drastisch zurück, obgleich von einer erneuten Zunahme auszugehen ist, wenn später im Jahr der Fluss Tumen zufriert und sich die Ernährungssituation verschlechtert.

Die aussichtslosen Bedingungen, welche die Ursache der Migration sind, sind die Symptome einer tiefgreifenden desolaten Menschenrechtssituation. Die Hungersnot, obwohl zum Teil auch durch Umweltfaktoren bedingt, verschärft sich zusehends infolge der nordkoreanischen Sozial- und Wirtschaftspolitik, sowie der Ablehnung Nordkoreas, eine Kontrolle der Verteilung internationaler humanitärer Hilfsgüter zu akzeptieren⁴. Drastische Diskriminierungs- und Bestrafungsmaßnahmen aufgrund des politischen Hintergrunds von Familien haben viele, die zur Rettung ihres Lebens fliehen wollten, an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Von China abgeschobene Nordkoreaner werden nach nordkoreanischem Recht über längere Zeiträume in schrecklichen Arbeitslagern gefangen gehalten, oder sogar mit der Todesstrafe bestraft, wenn ihr „Verbrechen“, das Land zu verlassen, als Landesverrat ausgelegt wird.

Die politischen Maßnahmen Chinas gegenüber Nordkoreanern verursachen quasi diese Menschenrechtsverletzungen und sind in gewisser Weise Verstöße gegen das Völkerrecht. Nordkoreaner fliehen aus vielerlei Gründen, etwa aus Angst vor politischer Verfolgung oder vor Diskriminierung, die in manchen Fällen einer Verfolgung gleichkommt. Eine wohl begründete Angst vor Verfolgung kennzeichnet einen Flüchtling, dem nach internationalem Recht Schutz und Asyl zustehen. Aber auch Personen, die aus anderen Gründen, etwa Hunger, Nordkorea verlassen haben, können nach ihrer Rückkehr möglicherweise inhaftiert werden, und zwar können sie mit hohen

⁴ Eine ausgezeichnete Abhandlung über die Entwicklung der Hungersnot ist der Bericht von Andrew Natsios, *The Politics of Famine in North Korea*, Ein USIP-Sonderbericht (Washington, D.C.: U.S. Institute for Peace, 2. August 1999) verfügbar unter <http://www.usip.org/oc/sr/sr990802/sr990802.html>.

Nordkoreas selbst auferlegte Isolation, die autoritäre Unterdrückung der Rede- und Religionsfreiheit sowie der politischen Meinungsäußerung und schreckliche Bestrafungsverfahren wurden zwar häufig von politischen Überläufern angeprangert, in der jüngsten Vergangenheit berichten indes auch gewöhnlichere Migranten und sogar Fachinstitute, die sich mit der Prüfung der Menschenrechte in Nordkorea beschäftigen, von diesen Grundrechtsverletzungen. Beispielsweise legte Nordkorea, das Mitglied des Internationalen UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte ist, seinen zweiten regelmäßigen Bericht im Rahmen des Abkommens der UN-Menschenrechtskommission vor, dem Gremium, das prüft, ob die Unterzeichnerstaaten den Verpflichtungen des Vertrags nachkommen. Im Jahr 2001 prangerte die Menschenrechtskommission den begrenzten Zugang interner und internationaler Inspektoren nach Nordkorea sowie die zahlreichen schwerwiegenden Folterungen, die grausame, unmenschliche und menschenunwürdige Behandlung, und Zwangsarbeit, das Fehlen der Unabhängigkeit der Gerichte sowie schwere Beschränkungen bei der Aus- und Einreise in das Land als ständige Verletzungen an. (Schlussbeobachtungen der Menschenrechtskommission: Democratic People's Republic of Korea, 27. August 2001, CCPR/CO/72/PRK [Abschließende Beobachtungen/Kommentare]. Siehe auch Abschließende Beobachtungen der Kinderrechtskommission: Demokratische Volksrepublik Korea, 5. Juni 1998 [Abschließende Beobachtungen/Kommentare] [die ihrer Sorge über den Anstieg der Kindersterblichkeitsrate während der Hungersnot zum Ausdruck bringen und die Unfähigkeit der Regierung verurteilen, die Mittel, um die humanitären Bedürfnisse von Kindern im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten und im Rahmen der internationalen Hilfeleistung, zu verteilen.].) Der UN-Unterausschuss für Menschenrechte hat darüber hinaus allgemeine Resolutionen verabschiedet, die zum Teil mit Blick auf Nordkorea unterzeichnet wurden und die Bedeutung des *Abschiebungsverbots* und der Zusammenarbeit mit dem UNHCR hervorheben. (Internationaler Schutz für Flüchtlinge und Vertriebene, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Unterausschuss für Menschenrechte, Resolutionen 2001/16 vom 16. August 2001 und Menschenrechtskommission, Unterausschuss für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte, 54. Sitzung, Tagesordnungspunkt 6 E/CN.4/Sub.2/2002/L.19, 9. August 2002.)

Gefängnisstrafen bestraft werden, wenn ihnen Kontakte mit Südkoreanern oder Vertretern der westlichen Welt nachgesagt werden, vor allem durch Verbindungen zu Missionaren oder Mitarbeitern von Hilfsorganisationen. Dies macht aus vielen Nordkoreanern *Flüchtlinge vor Ort* oder zu Personen, die im Ausland Flüchtlingsschutz genießen, weil sie bei der Rückkehr in ihre Heimat Gefahr liefen, politisch verfolgt zu werden. Die rechtliche Bestimmung, Flüchtlinge niemals dorthin zurückzuschicken, wo ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind – auch als *Abschiebungsverbot* bekannt, ist in Artikel 33 der Flüchtlingskonvention verankert und hat als Völkergewohnheitsrecht Anerkennung gefunden, was bedeutet, dass es für alle Staaten bindend ist, unabhängig davon, ob sie den Vertrag unterzeichnet haben oder nicht. China ist nicht nur der Flüchtlingskonvention beigetreten, sondern ist auch Mitglied des Exekutivausschusses des UNHCR⁵ und hat somit eine breite Palette von Regeln unterstützt, die den Flüchtlingsschutz stärken und ausdehnen; gegen viele verstößt das Land indes, wenn es um Nordkoreaner geht.⁶

Alle von der Krise betroffenen Staaten fürchten, dass eine Verschärfung, der ohnehin bereits desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation Nordkoreas, den aktuellen Strom tausender Flüchtlinge ohne Weiteres zu Millionen anschwellen lassen könnte. Bislang sind die Bemühungen Nordkoreas und der internationalen Staatengemeinschaft indes aber noch eher dürftig, um die humanitären Probleme und Menschenrechtsprobleme so anzugehen, dass sie in eine effektive Politik münden.

Die Auseinandersetzung um Flüchtlinge aus Nordkorea ist sowohl zum innen- als auch außenpolitischen Thema geworden. Historisch wurden „Überläufer“ von Südkorea als „Siege“ über den Norden, im Hinblick auf das Ziel des Sturzes der nordkoreanischen Regierung und einer etwaigen Vereinigung, gefeiert. Der Hinweis auf die Verzweiflung der Asylsuchenden galt daher als Schlag gegen die von Präsident Kim Dae-Jungs verfolgte „Sunshine“-Politik der Annäherung mit dem Norden. Von allen Regierungen hat die Regierung von Kim Dae-Jung indes die bisher großzügigste Haltung bei der Aufnahme und Unterstützung nordkoreanischer Asylsuchender bewiesen. Trotzdem lässt die kleine, aber wachsende Zahl von Asylsuchenden, die es bis nach Südkorea schaffen, Ängste entstehen im Hinblick auf die Fähigkeit Südkoreas, die aus einer radikal entgegengesetzten Gesellschaft stammenden Koreaner aufzunehmen und ihnen die

⁵ Der Exekutivausschuss (ExCom) ist das Lenkungsorgan des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge. Seit 1975 hat der ExCom auf seinen jährlichen Sitzungen eine Reihe von „Schlussfolgerungen“ (Conclusions) angenommen, die darauf zielen, Staaten in ihrer Behandlung von Flüchtlingen und Asylsuchenden und ihrer Auslegung bestehender völkerrechtlicher Flüchtlingsbestimmungen zu begleiten. Die ExCom-Schlussfolgerungen (Conclusions) sind zwar rechtlich nicht bindend, aber weitgehend als Standpunkt der internationalen Staatengemeinschaft anerkannt und haben eine persuasive Autorität, wenn sie von den ExCom-Mitgliedstaaten einstimmig angenommen wurden.

⁶ Zum Beispiel betont die ExCom Conclusion Nr. 22 die Notwendigkeit, Flüchtlingen in einem Aufnahmeland umfassenden Rechtsschutz zu gewähren, ebenso Nr. 85; Nr. 81 unterstreicht die Bedeutung des UNHCR-Schutzmandats und die Hauptverantwortung von Staaten für den Flüchtlingsschutz innerhalb ihrer Landesgrenzen. Schlussfolgerung Nr. 91 verweist nachdrücklich darauf, wie wichtig die Registrierung von Flüchtlingen ist.

hohen, im Rahmen dieser Politik vorgesehenen Umsiedlungsbeihilfen zu gewähren – auch unter den Befürwortern der „Sunshine“-Politik.

Human Rights Watch ist der Ansicht, dass das Aufbrechen der politischen und wirtschaftlichen Isolation und die Bekämpfung der Menschenrechtsverletzungen, die eine solche Isolation verdecken konnte, langfristig der Schlüssel für die Eindämmung der Migrantenströme aus Nordkorea und die Abschaffung von Verfolgung und Missbrauch dieser Personen ist. Mittelfristig ist es von entscheidender Bedeutung, dass China damit aufhört, Nordkoreaner einfach nach Nordkorea abzuschicken, ohne vorheriger Prüfung ihrer Asylanträge, wie es geltendes Völkerrecht vorsieht.

Zu diesem Zweck sollte China dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) unverzüglich Zugang zu der Grenzregion bieten und dem UNHCR eine Rolle bei der Anerkennung des Flüchtlingsstatus⁷ übertragen. Aufgrund seiner bisher zu sehr beschränkten Funktion ist der UNHCR an der Grenze nicht präsent.⁷

Es ist die Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft, einschließlich der Länder der Region und der wichtigsten Hilfs- und Handelspartner Chinas und Nordkoreas, mit vereinten Kräften auf die Umsetzung einer umfassenden Politik zugunsten der nordkoreanischen Flüchtlinge zu drängen, die Flüchtlingsschutz gewährleistet und die Rechte der Migranten anerkennt. Nordkorea muss einen entscheidenden Schritt in diese Richtung unternehmen und alle Gesetze, Erlasse, Bestimmungen und Strafpraktiken ändern, die dem Grundrecht der Staatsbürger Nordkoreas, ihr Heimatland⁸ zu verlassen, entgegenstehen und unter der Ägide internationaler Gremien gewährleisten, dass Rückkehrer nicht länger bestraft werden.

Als Interimsmaßnahme sollte die internationale Staatengemeinschaft China auffordern, allen Nordkoreanern einen zeitlich unbegrenzten Flüchtlingsstatus zu verleihen, der ihnen erlauben würde, ohne der Gefahr der Verhaftung oder *Abschiebung* ausgesetzt zu sein, in China zu bleiben, bis eine dauerhafte Lösung greift, die ihre international anerkannten Rechte umfassend schützt. Dies sollte nicht als ein Ersatz für ein Mechanismus, dass

⁷ In einer Anzahl von Fällen, bei denen es um Asylsuchende in Peking geht, z.B. als im März 2002 Nordkoreaner in die spanische Botschaft eindringen, konnte der UNHCR die Anträge prüfen und ihren Flüchtlingsstatus anerkennen. Im Juni 2001 kam eine 7-köpfige Familie aus Nordkorea in das UNHCR-Büro in Peking und bat um Asyl. Weitere sieben suchten Asyl in der russischen Botschaft. Sie waren zwar vom UNHCR im Jahr 2000 als Flüchtlinge anerkannt worden, aber dann schließlich doch wieder nach Nordkorea zurückgeschickt worden. Der UNHCR protestierte zwar entschieden gegen diese Maßnahme, erhielt aber nach deren Rückkehr keine weiteren Informationen über ihr Schicksal. UNHCR-Presserklärung vom 26. Juni 2001, Genf.

⁸ Dieses Recht in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, Artikel 13 (2) verankert: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.“

Asylsuchende für einen gesetzlichen Status und die Anerkennung beantragen müssen, gesehen werden. Für China sollte dies nicht bedeuten, sich aus seiner internationalen Verantwortung gemäß der UN-Flüchtlingskonvention zu stellen. Eine solche Zwischenlösung würde aber wenigstens eine gewisse Erleichterung bringen, hinsichtlich der unmittelbaren Bedrohung einer Deportation oder anderer Missbräuche, die Human Rights Watch in diesem Bericht dokumentiert hat.

Darüber hinaus sollte Druck auf China ausgeübt werden, damit sie die Verfolgung und Verhaftung von chinesischen oder ausländischen Mitarbeitern humanitärer Organisationen einstellt und sie humanitären Hilfsgruppen den Zugang zu der Grenzregion erlaubt, um die Menschen dort mit Nahrungsmitteln, Arzneimitteln und medizinischer Hilfe, sowie anderen humanitären Hilfeleistungen zu versorgen.

Ein offizielles oder inoffizielles Abkommen, das den Hilfsorganisationen den erforderlichen Handlungsraum noch vor dem Winter schafft, ist von entscheidender Bedeutung.

Empfehlungen zur Lösung der Flüchtlingskrise

Hier sind die spezifischen Empfehlungen von Human Rights Watch zur Entwicklung eines umfassenden Lösungsansatzes der nordkoreanischen Flüchtlingskrise:

Empfehlungen an Nordkorea:

- Nordkorea sollte unverzüglich seine Praktiken zur Bestrafung von Personen, die das Staatsgebiet verlassen, einstellen und alle Gesetze, Erlasse, Bestimmungen und Befehle aufheben, die die Festnahme, Inhaftierung, Zwangsarbeit, eingeschränktes Wohnen, offizielle Diskriminierung oder andere einschlägige Sanktionen erlauben. Es sollte internationale Organe zulassen, die darüber wachen, dass diese Praktiken keine Anwendung mehr finden. Alle auf dieser Grundlage inhaftierten Personen sollten unverzüglich freigelassen werden.
- Nordkorea sollte allgemein die Praxis von Kollektivbestrafungen unverzüglich einstellen und insbesondere die Bestrafung von Familienangehörigen von Personen, die Nordkorea verlassen, um sich in China oder Drittländern niederzulassen, aufgeben.
- Nordkorea sollte alle nicht in Nordkorea lebenden Personen, die Migranten und Flüchtlingen bei der Flucht geholfen haben, freilassen.

Empfehlungen an China:

- China sollte unverzüglich sämtliche Maßnahmen einstellen, um Nordkoreaner gewaltsam zurückzuführen, welches eine Verletzung ihrer internationalen

Verpflichtungen im Bereich des Menschenrechts- und Flüchtlingsschutzes darstellt.

- China sollte einen Dialog auf hochrangiger Ebene mit dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) über die Errichtung eines Systems einleiten, das den Flüchtlingsstatus von Asylsuchenden aus Nordkorea in Zusammenarbeit mit dem UNHCR überprüft, der auch an der Grenze präsent sein soll.
- Als Übergangslösung sollte China alle in China lebenden Nordkoreaner als Flüchtlinge für einen unbegrenzten Zeitraum anerkennen, da dieser Flüchtlingsstatus sie vor Verfolgung, Folter- und Haftandrohungen oder der zwangsweisen Rückführung nach Nordkorea schützt, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist, die ihre international anerkannten Rechte voll schützt.
- Die chinesische Regierung sollte internationalen Hilfsorganisationen, darunter staatliche, wie private Agenturen, den Zugang zu den Grenzgebieten erlauben, um vor Ort Hilfe zu leisten, und sollte diese Helfer weder verfolgen, festnehmen noch einschüchtern.
- China sollte jegliches Vorgehen einstellen, welches darauf zielt, gewaltsam in diplomatisches Territorium in Peking einzudringen und Nordkoreaner festzunehmen. Darüber hinaus sollte China dem UNHCR Zugang zu Nordkoreanern auf diplomatischem Gebiet oder an Orten, wo sie die Anerkennung als Flüchtling oder Schutz suchen, verschaffen.

Empfehlungen an die internationale Staatengemeinschaft:

- Alle Regierungen – einschließlich die USA, Japan, die Europäische Union, Kanada und Australien –, die mit China in einem bilateralen Dialog über Menschenrechte stehen, sollten sicherstellen, dass die zuvor genannten spezifischen Bedingungen in Bezug auf Migranten und Asylsuchende aus Nordkorea bei allen Dialogtreffen ganz oben auf der Tagesordnung stehen, und auch bei Treffen zwischen Außenministern, Staatschefs und hohen chinesischen Regierungsvertretern zur Sprache kommen. Die Ergebnisse sollten dem UNHCR zur Kenntnis gebracht werden, und es sollte eine informelle Arbeitsgruppe aus Vertretern der fraglichen Regierungen gebildet werden, um die Hilfeleistungen für Nordkoreaner in China zu erhöhen.
- Die Parlamentsmitglieder sollten ebenfalls aktiv werden. Im August 2002 gründeten Mitglieder des japanischen Parlaments in Tokio ein „International Parliamentary Members’ Forum on the North Korea Refugees and Humanitarian Issues“ und planten gemeinsame Initiativen mit südkoreanischen

Parlamentsmitgliedern, Mitgliedern des amerikanischen Kongresses und des Europäischen Parlaments, wie etwa gemeinsame parlamentarische Delegationen, um die humanitären Bedürfnisse in der chinesischen Grenzregion zu bewerten. Die von Parlamenten angenommene Resolutionen können als Instrumente dienen, um den Druck auf China, zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen, zu erhöhen.⁹

- Länder, die von den Migratenströmen aus Nordkorea betroffen sind – wie Russland, die Mongolei, Vietnam, Burma, Kambodscha und Thailand –, sollten den Asylsuchenden Asyl gewähren und darüber hinaus sicherstellen, dass nordkoreanische Migranten nicht daran gehindert werden, in Drittstaaten um Dauer asyl zu ersuchen.
- Die Nachbarstaaten Nordkoreas sollten jegliche Anträge seitens Nordkoreas auf Festnahme von Asylsuchenden oder Zwangsabschiebung nach Nordkorea, wo sie Folter, Misshandlung, willkürlicher Festnahme oder dem Tod zum Opfer fallen würden, ablehnen.
- Länder mit Botschaften, Konsulaten oder anderen Einrichtungen in China, in die Nordkoreaner geflüchtet sind, um Asyl zu suchen, sollten die Dienste des UNHCR zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft in Anspruch nehmen und die erforderlichen Schritte unternehmen, um eine Zwangsrückführung nach Nordkorea zu verhindern, wenn die geringste Gefahr einer Verfolgung besteht.

Allgemeine Menschenrechtsempfehlungen

Über die Flüchtlingskrise hinausgehend, muss die internationale Staatengemeinschaft auch die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und die humanitäre Krise in Nordkorea, welche die Ursachen für diesen Exodus sind, angehen.

- Da Nordkorea versucht, seine Beziehungen mit den Regierungen seiner Nachbarstaaten und der westlichen Welt auszubauen, ist es die Pflicht der internationalen Staatengemeinschaft erhöhten Druck auf Nordkorea auszuüben, damit das Land seine Verpflichtungen als Unterzeichnerstaat des Internationalen UN- Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) und des Internationalen UN-Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erfüllt.

⁹ Das US-Repräsentantenhaus legte am 11. Juni 2002 eine Resolution vor. Der US-Senatsausschuss für Auslandsbeziehungen leitete am 13. Juni eine ähnliche Maßnahme ein, um China mit Nachdruck aufzufordern, die Rückführung von Nordkoreanern zu stoppen und dem UNHCR Zugang zu „allen in China lebenden nordkoreanischen Asylsuchenden und Flüchtlingen zu gewähren.“

Im Mai 2000 legte Nordkorea der UN seinen ersten Bericht über die Erfüllung der ICCPR-Bestimmungen in den vergangenen 16 Jahren vor. Er war seit 1987 überfällig. Nordkorea ratifizierte den Vertrag im Jahr 1981. Der detaillierte, eher legalistische 39-seitige Bericht behauptete, dass Folter nach nordkoreanischem Recht verboten sei, dass es Rechtsmittel für diejenigen gäbe, deren Bürgerrechte verletzt würden, dass Zwangsarbeit „niemals als Mittel für politische Gewalt oder soziale oder religiöse Bestrafung“ eingesetzt werde und dass die nordkoreanische Strafprozessordnung Haftstrafen strengstens limitiert.¹⁰ Jahre falscher Zeugenaussagen haben das Bild verfälscht, und in der Tat, die Interviews, auf die sich der Bericht gründet, präsentieren ein Gesellschaftsbild auf der Grundlage von politischer und sozialer Diskriminierung, in der Zwangsarbeit an der Tagesordnung steht und willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und andere Formen der Misshandlung endemisch verbreitet sind. Dieser ernsthafte Missbrauch führt häufig zu einer Hintergrund des Exodus der Nordkoreaner, die entweder diese Gewalt bereits selbst erfahren haben oder fürchten ihr zum Opfer zu fallen, wenn sie wieder in ihr Land zurückkehren.

- Als erste kleinste Schritte sollte Nordkorea mit Nachdruck aufgefordert werden, den UN-Sonderberichterstatern über Menschenrechte und Arbeitsgruppen über willkürliche Festnahmen, Folter und andere Formen der Gewalt, Religionsfreiheit, Gewalt gegen Frauen und Meinungsfreiheit zu erlauben, vor Ort zu überprüfen, ob Nordkorea seine Verpflichtungen aus den UN-Menschenrechtsverträgen erfüllt. Die UN sollte auf die Besichtigung von Umerziehungslagern und Gefängnissen drängen, um die dort herrschenden Bedingungen zu bewerten und sich ein Bild vom Schicksal der Nordkoreaner, die aus anderen Ländern abgeschoben wurden, zu machen.

Alle Beratungen über wirtschaftliche, handelspolitische oder politische Beziehungen, die Nordkorea mit höchsten Regierungsvertretern in Delegationen führt, – und zwar insbesondere die, die auf den Ausbau und die Öffnung der Beziehungen mit Nordkorea zielen — sollten auf dieses entscheidende Anliegen Bezug nehmen.

- Es sollte eine Resolution über Menschenrechte in Nordkorea vorgelegt und auf der Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf nächsten Jahres angenommen werden. Diese Resolution sollte die schweren Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea verurteilen und Nordkorea auffordern, den UN-Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte umfassenden Zugang, ohne Einschränkungen oder Begrenzungen welcher Art auch immer, zu gewähren.

¹⁰ UN-Menschenrechtskommission, CCPR/C/PRK/2000/2, 4. Mai 2000.